

mandatsmeldung.



INHALTE

Impfpflicht: Links-gelb vergeudet Zeit
Michael Frieser, S. 1

Ampel umgeht Schuldenbremse
Sebastian Brehm, S. 2

Stärke durch europ. Zusammenarbeit
Tobias Winkler, S. 2

Dachbodengespräch zur Juraleitung
Karl Freller, S. 3

Burg Café bekommt eine Stunde mehr
Barbara Regitz, S. 3

Kommunaler Finanzausgleich 2022
Jochen Kohler, S. 4

Schlüsselzuweisungen: Fürth profitiert
Hans Herold, S. 4

Folgen aus dem AfD-Chat-Skandal
Petra Guttenberger, S. 5



LINKS-GELBES ZAUDERN VERZÖGERT IMPFPFLICHT

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde,

erschöpft blicken wir zurück auf dieses zweite Corona-Jahr und müssen feststellen: Unsere Hoffnung auf ein schnelles Abklingen der Pandemie mit einem "Freedom Day" als erlösendes Kollektiverlebnis wurde enttäuscht. Die Maßnahmen in Bayern zeigen Wirkung, aber der Blick in unsere Nachbarländer kündigt neue Probleme an. Ich bin überzeugt: Ohne obligatorische Covid-Impfung werden wir diesen Teufelskreis nicht durchbrechen. Am Mittwoch hat sich auch der Ethikrat für eine Impfpflicht ausgesprochen und zugleich darauf hingewiesen, dass die Politik vorher eine Reihe offener Umsetzungsfragen klären muss. Denn eine Impfpflicht ist natürlich eine Beeinträchtigung moralischer und rechtlicher Güter, die politisch gut begründet aber auch umgesetzt sein muss. Die neue Bundesregierung müsste sich genau jetzt mit diesen Aspekten auseinandersetzen und eine handfeste Kabinettsvorlage für ein Gesetz zur Impfpflicht ausarbeiten, über das der Bundestag in den kommenden Wochen im Detail beraten und abstimmen kann. Stattdessen bläst die links-gelbe Koalition das Thema zu einer übermächtigen ethisch-moralischen Grundsatzfrage auf, die über Gruppenanträge ohne Fraktionszwang in den Bundestag soll. All das selbstverständlich nur, um zu kaschieren, dass man schlicht nicht in der Lage ist, eine stabile Mehrheit in den eigenen Reihen zu organisieren. Wie beim Beenden der epidemischen Lage lässt sich Olaf Scholz hier erneut in eine Sackgasse treiben von der FDP, in deren Reihen sich einige in Form und Inhalt immer unverhohlener den Querdenkern anbiedern. In der Folge wird sich der Prozess um Monate verzögern, weil die eigentliche Arbeit zur Ausarbeitung der rechtlichen, logistischen und praktischen Umsetzung der Impfpflicht erst im Anschluss an die Gruppenanträge beginnt. Ob das beim inzwischen bekannten, saisonalen Verlauf der Coronawellen ausreichen wird, bleibt offen.

Ich wünsche Euch auch im Namen aller Mandatsträger des Bezirksverbandes ein frohes Weihnachtsfest und eine besinnliche Zeit im kleinen Kreise Eurer Familien. Bleibt gesund, aufrecht & hoffnungsfroh!

Herzliche Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach



AMPEL UMGEHT SCHULDENBREMSE

Das Jahr 2021 stand neben der Bekämpfung der Corona-Pandemie auch unter dem Stern der Wirtschaftshilfen. So genehmigte das Parlament in seinem Haushalt unter Einhaltung der Schuldenbremse 2021 einen Kreditrahmen von insgesamt 240 Mrd. € explizit zur Pandemie-Bekämpfung. Dabei werden nicht alle Mittel in Anspruch genommen. Anstatt die nicht genutzten Kreditemächtigungen in Höhe von 60 Mrd. € verfallen zu lassen, geht die Ampel einen rechtlich höchstproblematischen Weg. Um ihre Koalitionspläne zu finanzieren, nimmt die Ampel-Koalition diese 60 Mrd. € als Kredit auf und weist sie einem Klima- und Transformationsfonds zu. Möglich wird dies durch eine technische Änderung der Buchungsregeln im Haushaltsrecht. So müssen in den Folgejahren keine Schulden aufgenommen werden. Die Schuldenbremse wird umgangen. Ich distanzieren mich von diesen fraglichen Vorhaben der Ampel-Koalition. Es wiegt schwer genug, an den Fundamenten unserer soliden Haushaltsregeln zu sägen, aber noch mehr Sorge ich mich um die damit verbundenen Folgen für die nächsten Generationen. In der Klimapolitik dringt die Koalition darauf, nachhaltig zu agieren. Für die Haushaltspolitik wünsche ich mir genau das gleiche Prinzip. Ich teile die Meinung, dass eine Klage vor dem Verfassungsgericht nötig ist. Außerdem schlage ich vor, potenzielle Kredite nicht weiter auszunutzen, sondern den Haushalt zunächst auf Einsparmöglichkeiten zugunsten einer notwendigen Veränderung in der Klimapolitik zu prüfen. Es müssen Prioritäten an den richtigen Stellen gesetzt werden.

"Nachhaltigkeit brauchen wir nicht nur in der Klima-, sondern auch in der Haushaltspolitik!"

**Sebastian Brehm
MdB Nürnberg-Nord**



„Wenn wir Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand verteidigen wollen, müssen wir in der EU gemeinsam handeln.“



**Tobias Winkler
MdB Fürth**



BAYERNS STARKE STIMME IN EINEM HANDLUNGSFÄHIGEN EUROPA

Nach ereignisreichen ersten Wochen nähern wir uns im Bundestag mit großen Schritten dem politischen Normalbetrieb an. Der Bundeskanzler ist gewählt, die Regierung im Amt und die erste Regierungserklärung abgegeben. Außerdem wurden die Ausschüsse gebildet, in denen die Entscheidungen des Plenums vorbereitet werden. Ich freue mich, künftig dem Europaausschuss und als Stellvertreter dem Auswärtigen Ausschuss anzugehören. Hier kann ich an meine Arbeit der letzten 15 Jahre für das Europäische Parlament nahtlos anknüpfen. Die EU spielt in unserem täglichen Leben eine große Rolle, oft zur Freude, nicht selten aber auch zum Leid der Betroffenen. Ein häufiger Grund dafür ist, dass europäische Regelungen in Deutschland strenger umgesetzt werden als anderswo oder auf Vorschriften sogar noch „draufgesattelt“ wird. Hier müssen wir aufpassen, dass wir EU-Gegnern nicht in die Hände spielen. Wenn EU-Politik schlecht umgesetzt wird, führt die Kritik am Kleinen zu Zweifeln am Großen. Die Europäische Einigung ist rückblickend das größte Friedensprojekt der Welt, doch auch der Blick in die Zukunft lässt an der großen Bedeutung der EU keinen Zweifel. In einer Welt, in der neben den USA künftig verstärkt China den Ton angeben wird, ist unsere europäische Lebensweise bedroht. Wenn wir Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand verteidigen wollen, müssen wir in der EU gemeinsam handeln! Dazu müssen auch die Mitgliedstaaten bereit sein und dazu möchte ich einen Beitrag leisten.

"Die neue Technologie könnte dazu beitragen die Akzeptanz für Stromtrassen zu steigern."

Karl Freller
MdL Nürnberg-Süd



DACHBODENGESPRÄCH ZUR JURALEITUNG

Seit Jahren tobt der Streit um den Neubau der Juraleitung P53. Besonders umstritten sind die Erdverkabelung durch das dicht bebaute Katzwang und die Freileitungen nahe der Wohnbebauung in Kornburg und Kleinschwarzenlohe. Zusammen mit der Allianz der Bürgerinitiativen werbe ich für die neuartige Technik der „Molipipe“ – eine belastungsarme Strompipeline, die von dem Elektrotechnik-Professor Martin Molitor entwickelt wurde. Zum 130. Dachbodengespräch hatte ich sowohl Prof. Molitor als auch 2 Vertreter der BI-Allianz eingeladen. Optimal wäre ein Pilotprojekt vom Rednitzgrund bei Katzwang bis Moorenbrunn. Die „Molipipe“ hat gleich mehrere Vorteile: Reduktion von nach außen tretenden Magnetfeldern, ca. 30% günstiger als ein herkömmliches Erdkabel, weniger Flächenverbrauch beim Bau und mindestens 50 Jahre wartungs- und katastrophensfest. Die vom Bund mit dem Bau beauftragte Firma TenneT reagierte leider sehr verhalten auf die neue Technologie, obwohl es schon Anfragen aus Kanada und China gibt. Man hat den Eindruck, dass sie mit neuen Ideen nicht gestört werden wollen. Eigentlich müssten sie daran interessiert sein, die Widerstände in der Bevölkerung zu reduzieren. "Fortschritt wagen" ist das Motto der neuen Regierung – hier kann sie beweisen, dass es sich nicht nur um eine leere Versprechung handelt!

„Fast wie vorgezogene Weihnachten!“

Barbara Regitz
MdL Nürnberg-Nord



BURG CAFÉ BEKOMMT EINE STUNDE MEHR!

Als zuständige Stimmkreisabgeordnete habe ich mich aufgrund vieler Klagen von Gästen an Staatsminister Albert Füracker, MdL, den quasi Hausherrn der Nürnberger Kaiserburg gewandt mit der Bitte, die Öffnungszeiten des Burg Cafés Beer in den Wintermonaten wenigstens um eine Stunde bis 17.00 Uhr zu verlängern. Bisher musste das Café bereits um 16.00 Uhr schließen, da die Öffnungszeiten an den Führungsbetrieb der Kaiserburg angeschlossen waren. Staatsminister Füracker entsprach nun meiner Bitte. Damit hat sich mein Einsatz gelohnt und das Burg Café darf ab sofort bis 17.00 Uhr geöffnet sein. Last Order ist um 16.30 Uhr. In mehreren Briefen hatte ich Albert Füracker u.a. geschrieben: „Dein Haus bitte ich, abzuwägen, ob in der Zeit von Oktober bis März es nicht möglich ist, die Öffnungszeiten des Cafés wenigstens um eine Stunde bis 17.00 Uhr zu verlängern? Natürlich kommen in den Wintermonaten weniger Besucher auf die Kaiserburg, Nürnberg zieht jedoch traditionell im Winter zahlreiche Touristen an, die z.B. nach einer Führung um 16.00 Uhr noch gern im Burg Café einkehren würden. Da ist es verständlich, dass die Bürger verwundert sind, dass das zur eigentlichen Kaffeezeit nicht geht.“ Über diese frohe Kunde aus dem Heimatministerium bin ich sehr erfreut. Das ist eine tolle Nachricht – fast wie vorgezogene Weihnachten! Die eine Stunde mehr kommt den Besuchern der Kaiserburg, den Touristen und den Nürnbergerinnen und Nürnbergern zugute, die den Blick hoch oben über den Dächern Nürnbergs auf die Stadt genießen wollen und noch einkehren möchten.

Der kommunale Finanzausgleich in Bayern



"Man sieht, dass sich die bayerischen Kommunen auf den Freistaat Bayern verlassen können!"

KOMMUNALER FINANZAUSGLEICH AUF SPITZENNIVEAU

Mit über 10,5 Mrd. Euro erreicht der kommunale Finanzausgleich im Jahr 2022 nach dem Entwurf der Staatsregierung ein Spitzenniveau und übertrifft das Jahr 2021 um rund 245 Mio. Euro. Mit Hilfe des Finanzausgleichs können Mindereinnahmen (Gewerbsteuer) der Gemeinden kompensiert werden. Für die Staatsregierung sind solide Kommunalfinanzen ein wichtiger Baustein für den Weg aus der aktuellen Krise. So können Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen gemindert werden. Ein wesentlicher Bestandteil des Ausgleichs sind die sogenannten Schlüsselzuweisungen. Über diese können die Kommunen frei verfügen und zur Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben verwenden. Kommunale Eigenverantwortung und Selbstverwaltung werden gestärkt. Darüber hinaus profitieren die Bezirke von den Schlüsselzuweisungen mittelbar über die Bezirksumlage, welche zusätzlich durch den Freistaat um 706 Mio. Euro ergänzt wird. Für Nürnberg wird es im nächsten Jahr Zuweisungen in Höhe von knapp 246 Mio. Euro geben. Fürth wird 71,6 Mio. und Schwabach rund 14 Mio. Euro erhalten. Vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Landtag beträgt der Haushaltsansatz für die Schlüsselzuweisungen 4 Mrd. Euro, von denen die Städte 2,56 Mrd. und die Landkreise 1,44 Mrd. Euro erhalten. Geld, das dringend benötigt wird und ein deutliches Signal sendet, welchen Stellenwert die Kommunen für die Staatsregierung haben.

Jochen Kohler
MdL Nürnberg-West



„Der Freistaat Bayern lässt seine Kommunen in diesen schwierigen Zeiten nicht allein.“



KRÄFTIGE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE KOMMUNEN IM LANDKREIS FÜRTH

Gerade in Krisenzeiten ist eine gute finanzielle Ausstattung unserer Kommunen sehr wichtig. Ein Instrument hierzu sind die Schlüsselzuweisungen. Im kommenden Jahr fließen hiervon 48.052.312 Euro in die Region. Der Landkreis Fürth wird mit 22.078.680 Euro unterstützt, die Gemeinden erhalten 25.973.632 Euro. Für den Landkreis bedeutet das ein Plus von 1.684.688 Euro, für die Gemeinden ein Plus von 3.488.616 Euro im Vergleich zum Vorjahr. Landesweit stehen im Jahr 2022 für die Schlüsselzuweisungen 4,0 Mrd. Euro zur Verfügung. Das sind 67 Mio. Euro mehr als im vergangenen Jahr (+ 1,7 Prozent). Die Mittel sind der größte Einzelposten im kommunalen Finanzausgleich und bleiben auch im kommenden Jahr eine zuverlässige Finanzquelle. Dies ist insbesondere für finanzschwächere Kommunen ein wichtiges Signal. Darüber hinaus wird der Freistaat auch im Jahr 2021 den Gemeinden pauschal etwa die Hälfte der Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer kompensieren. Der Freistaat stellt hierzu 330 Millionen Euro zur Verfügung. In den Landkreis Fürth fließen so insgesamt 1.473.365 Euro. Als Mitglied des Haushaltsausschusses und stellvertretender haushaltspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag setze ich mich auch weiterhin dafür ein, die Investitions- und somit die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen zu erhalten. Mit diesen positiven Nachrichten möchte ich das alte Jahr beschließen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein gesundes, friedliches und erfolgreiches Jahr 2022!

Hans Herold
MdL Fürth-Land



**"Konsequentes Vorgehen
gegen Verfassungsfeinde
- unsere Demokratie
schützen!"**

**Petra Guttenberger
MdL Fürth**



AFD-CHAT-SKANDAL: CSU FÜR STÄRKERE BEOBACHTUNG VON DEMOKRATIEFEINDEN

Per Dringlichkeitsantrag setzte sich die CSU-Fraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner dafür ein, die strafrechtliche Relevanz der Aussagen von AfD-Politikern zu prüfen. Führende AfD-Politiker hatten in einem Chat Umsturzpläne geäußert oder über einen „Bürgerkrieg“ geschrieben. Außerdem fordern wir, dass der Verfassungsschutz die Hinweise auf extremistisches Verhalten prüfen soll. Sollten sich diese bestätigen, sei eine Beobachtung der gesamten Partei durch den Verfassungsschutz unumgänglich. Als Konsequenz aus dem Fall Bayerbach wird im Antrag zudem klargestellt, dass Positionen wie die des Ausschussvorsitzenden nicht von Personen bekleidet werden sollen, die sich jenseits der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Der Ausschussvorsitzende aus den Reihen der AfD hatte gegenüber dem Ausschuss die Unwahrheit gesagt, da er zunächst geleugnet hatte, am Chat teilgenommen zu haben. Er war aber nachweislich Mitglied. Die veröffentlichten Inhalte des Chats sind verstörend. Sie zeigen genau das Gesicht dieser Partei, das sie versucht, vor den Bürgerinnen und Bürgern zu verbergen. Die Geschichte lehrt leider, dass radikalen Worten auch radikale Taten folgen. Aufgabe aller Demokraten ist es, sich entschieden dagegen zu wehren. Exekutive, Judikative und Legislative sind aufgefordert, mit aller rechtstaatlicher Kraft dagegen vorzugehen. Der Antrag wurde im Plenum von den Regierungsfractionen beschlossen.

CSU 
Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach

CSU Nürnberg-Fürth-Schwabach
Jakobstraße 46 - 90402 Nürnberg
E-Mail: nuernberg@csu-bayern.de
Telefon: 0911/241544-0

Wenn Sie unsere politische Arbeit unterstützen möchten:
Hypovereinsbank Nürnberg
IBAN: DE90 7602 0070 0005 4150 20
BIC: HYVEDEMM460